



Mittwoch, 11. März 2026, 13:00 Uhr
~10 Minuten Lesezeit

Trump als Retter

Während Tausende Migranten von den amerikanischen Einwanderungsbehörden verfolgt werden, erhoffen viele Kubaner ausgerechnet von den USA Hilfe aus ihrem Elend.

von Anyi Romera
Foto: Andy.LIU/Shutterstock.com

In 70 Jahren Diktatur haben die Kubaner es nicht geschafft, sich als Gesellschaft zu organisieren, um die Lebensbedingungen in ihrem Land zu verbessern. Sie

haben auf Hilfe von außen gewartet, und jetzt taucht ein Mann auf, der scheinbar alle Probleme der Welt löst, und auch für viele Kubaner Rettung verheißt. Nur wenige fragen sich, was wirklich passieren würde oder welche Absichten Trump ihnen gegenüber haben könnte. Die kubanische Manova-Autorin Anyí Romera weiß, dass es bei weitem keine Lösung ist, wenn eine despotische Regierung wie die von Donald Trump in ihr Land einmarschiert. Aber manchmal, wenn der Strom vorzeitig ausfällt oder sie eine halbe Stunde oder länger warten muss, um ein Taxi zu bekommen, das sie fast drei Euro kostet, während ihr durchschnittliches Monatsgehalt bei 24 Euro liegt, wünscht sie sich für eine Sekunde, dass die Amerikaner kommen würden. In diesem Dilemma bleibt das kubanische Volk auf sich selbst gestellt, ohne zu wissen, was es sich wünschen soll.

Ich glaube, es gibt nur eine Sache, die schlimmer ist, als unter einem Tyrannen zu leben — und das ist, den Tyrannen nicht zu erkennen.

Heute werden Tausende von Migranten von den Einwanderungsbehörden der Vereinigten Staaten verfolgt. Viele von ihnen sind Kubaner — Kubaner, die sich heute in einem Haus verstecken müssen, für das sie bezahlen, ohne arbeiten zu können. Denn wenn sie auf die Straße gehen, können sie buchstäblich gejagt werden.

All dies geschieht auf Befehl von Donald Trump, einem Präsidenten, dessen zweite Amtszeit natürlich kein Zufall ist.

Eine Reihe von Fehlentscheidungen der vorherigen Regierung, die Enthaltung von Millionen von Wählern und die Stimmen radikaler Latinos verschafften einem Mann Macht, gegen den Zivil- oder Strafanzeigen — etwa wegen **sexueller Belästigung** (https://en.wikipedia.org/wiki/E._Jean_Carroll_v._Donald_J._Trump?) oder Verleumdung — erhoben wurden und der sich nun für den Herrscher der Welt hält.

Heute ist der 3. März, genau zwei Monate, nachdem US-Streitkräfte in Venezuela einmarschiert sind, um den Diktator Nicolás Maduro gefangen zu nehmen. Es fielen einige Bomben, und wenige Stunden später kam die Nachricht. So begann der 3. Januar in der westlichen Hemisphäre.

Die venezolanische Diaspora feierte ausgelassen, während die Menschen im Land selbst zurückhaltender feierten, denn der Sturz eines Diktators bedeutet noch nicht das Ende der Diktatur.

Tatsächlich wurde Nicolás Maduro im Zuge eines militärischen Angriffs der USA gefangen genommen, während der Chavismus als politische Kraft weiterhin im Land präsent ist. Nach der Festnahme Maduros ernannte der Oberste Gerichtshof Venezuelas Delcy Rodríguez, die bis dahin Vizepräsidentin war, zur amtierenden

Übergangspräsidentin

(https://en.wikipedia.org/wiki/2026_United_States_intervention_in_Venezuela?), und sie führt die Regierungsgeschäfte weiter.

Diese Entwicklung vollzog sich unter der Kontrolle und dem Einfluss jener Führung, die mit der US-Militäraktion in Zusammenhang steht, mit der Maduro wegen Drogenterrorismus und anderer Straftaten aus Venezuela gebracht wurde.

Wenn man es nüchtern betrachtet, ist es seltsam. Es scheint eine Art Verhandlung zu sein, bei der der Chavismus bestehen bleibt,

diesmal unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten, aber nicht alle bezahlen dafür.

Während der Diktatur in Venezuela, insbesondere unter Maduro, wurden etwa 900 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert – was das Regime zuvor leugnete, während sie die Menschen nun nach und nach freilässt –, mehr als acht Millionen Menschen gingen ins Exil und es kam zu einem Zusammenbruch der Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Trinkwasser, Energie, Lebensmittel, Medikamente oder Treibstoff, sowie grundlegender Dienstleistungen.

Deshalb kann man den Venezolanern keinen Vorwurf machen, dass sie sich darüber freuen, dass Maduro nun Gefangener ist. Das zu feiern bedeutet nicht, die Intervention oder Einmischung zu feiern.

Ich glaube, dass es zu diesem Thema keine richtige Meinung gibt. Ich empfinde und begrüße die berechtigte Erleichterung des venezolanischen Volkes, lehne jedoch jegliche Idee einer Intervention, eines Kolonialismus oder einer Einmischung ab.

Eine Intervention verletzt das Selbstbestimmungsrecht der Völker– aber eine Diktatur tut dies ebenfalls.

Während Maduro nach New York gebracht wurde, gab es in Kuba keinen Strom. Das Öl ging zur Neige, und wir wussten bereits, dass dies der Beginn eines weiteren Zusammenbruchs sein würde. Denn seit vielen Jahren leben wir in Kuba in einer endlosen Matroschka aus Zusammenbrüchen.

Dennoch hielt es die Regierung für richtig, zu Demonstrationen zugunsten des venezolanischen Volkes aufzurufen und die sofortige Freilassung von Nicolás Maduro zu fordern.

Für alle, die noch nie in einer kommunistischen Diktatur gelebt

haben, erkläre ich nun, wie diese Demonstrationen funktionieren:

Die oberste Parteiführung ruft dazu auf. Dieser Aufruf wird an alle Institutionen, Ministerien, staatlichen Unternehmen, Arbeitsstätten und Schulen weitergeleitet. Die Teilnahme ist, wie wir in Kuba sagen, „obliguntaria“ (Anmerkung der Übersetzerin: Wortschöpfung aus *obligatorio*, auf Deutsch „Pflicht“, und *voluntario*, auf Deutsch „freiwillig“), also scheinbar freiwillig, in Wirklichkeit aber obligatorisch. Wer sich weigert, muss mit wirtschaftlichen oder disziplinarischen Maßnahmen rechnen.

An dem Tag der Demonstration kommt der Verkehr in Havanna zum Erliegen, weil alle Busse dazu bestimmt sind, die Menschen abzuholen, die bei Sonnenaufgang auf einem Platz erscheinen, um ihrer Pflicht nachzukommen – aus Feigheit. Einige von ihnen werden interviewt, die Aufnahmen werden im Fernsehen übertragen und die Nachricht ausgestrahlt. Danach kehren sie an ihre Herkunftsorte zurück und arbeiten oder studieren weiter, als wäre nichts geschehen.

Da es in den Provinzen keine öffentlichen Verkehrsmittel gibt, gehen die Menschen zu Fuß zum zentralen Platz ihrer Städte oder Dörfer. Die Führungsspitze fährt immer in ihren Autos hin, schaut von oben herab und verschwindet bald wieder.

Während also die offizielle kubanische Presse „massive“ Unterstützung für Maduro zeigte, sprachen die Straßen und die sozialen Netzwerke eine andere Sprache.

Die physische Präsenz auf dem Platz spiegelt nicht die tatsächliche Stimmung wider. Auf den Straßen und in den sozialen Netzwerken sieht man die Realität: Memes, kritische Analysen und – am beunruhigendsten – Glauben an den „Retter Trump“.

Die erzwungene Teilnahme erzeugt also nur den Schein von Unterstützung, während die inoffizielle Meinung deutlich eine andere Sprache spricht.

Mein objektiver Teil weiß, dass es bei weitem keine Lösung ist, wenn eine despotische Regierung wie die von Donald Trump in mein Land einmarschiert und beschließt, es zu verwalten, aber manchmal, wenn der Strom vorzeitig ausfällt oder ich eine halbe Stunde oder länger warten muss, um ein Taxi zu bekommen, das mich fast drei Euro kostet, während mein durchschnittliches Monatsgehalt bei 24 Euro liegt, wünsche ich mir für eine Sekunde, dass die Amerikaner kommen würden.

Das ist nicht richtig, und ich unterdrücke diesen Gedanken sofort. Aber ich kann den Kubanern hier drinnen keinen Vorwurf machen, dass sie begonnen haben, eine Intervention als die „am wenigsten schlechte“ Lösung zu betrachten.

Allerdings verstehe ich die Exilkubaner nicht, die sich dies so sehr wünschen. Sie fordern, dass die USA einmarschieren und Bomben werfen, und fordern uns aus der bequemen Distanz dazu auf, auf die Straße zu gehen. Vor allem nachdem man gesehen hat, was Trump mit den Kubanern in den Vereinigten Staaten gemacht hat und wie er sich über sie äußert. Ich frage mich, was sie glauben lässt, dass das unser Leben verbessern würde.

Denn wenn uns Kubanern etwas fehlt, dann ist es politisches Wissen. Offensichtlich hat uns die Diktatur nicht dazu erzogen, etwas über Demokratie, Freiheit und Geschichte zu lernen. Deshalb analysieren nur sehr wenige, dass die kubanische Regierung in den letzten Jahren ein Paket neoliberaler Maßnahmen umgesetzt hat, das staatliche Erleichterungen zunehmend abschafft, die Mittel für Bereiche wie Gesundheit, Bildung oder Kunst kürzt und die Investitionen in das Hotelgewerbe erhöht. Hotels, die leer stehen, da der Tourismus in Kuba aufgrund der prekären Lage des Landes

jedes Jahr weiter zurückgeht.

Für die Kubaner im Exil sind der Sozialismus und linke Ideologien schuld. Dann radikalisierten sie sich, werden zu Libertären, und sogar der Slogan „Make Cuba Great Again“ macht in den sozialen Netzwerken die Runde. Sie bedenken nicht, dass rechtsextreme Systeme nicht das allgemeine Wohl anstreben, sondern das Wohl des Einzelnen – sofern dieser Einzelne Geld hat. Die internationale Linke hingegen tut so, als sähe sie nichts.

Gegen die Vereinigten Staaten zu sein, sollte nicht bedeuten, diktatorische Regierungen zu unterstützen, nur weil sie behaupten, antiimperialistisch zu sein. Das kubanische Volk bleibt auf sich allein gestellt, verlassen und ohne wirklich zu wissen, was es sich wünschen soll.

Wenige Tage nach der Festnahme Maduros veröffentlichte eine junge Frau aus Santiago de Cuba eine Umfrage auf Facebook, in der sie fragte, wen die Kubaner lieber als Präsidenten Kubas hätten: Marco Rubio, den Außenminister der Vereinigten Staaten, oder Miguel Díaz-Canel, den von der Kommunistischen Partei designierten Präsidenten.

Innerhalb weniger Stunden erhielt der Beitrag über 40.000 Reaktionen und 5.000 Kommentare, von denen die meisten Rubio unterstützten. Die junge Frau, ihr Ehemann und ihr Bruder wurden von der Staatssicherheit festgenommen und gezwungen, den Beitrag zu löschen.

Am 29. Januar unterzeichnete Trump eine Anordnung, die es jedem Land untersagte, Öl nach Kuba zu liefern. Am 23. Februar widerrief er sie. In diesen 26 Tagen schränkte die kubanische Regierung die Mobilität ein, schloss Schulen und Arbeitsstätten, stoppte den Verkehr und verschob Veranstaltungen. Und natürlich nahm die Zahl der Stromausfälle zu.

Díaz-Canel kündigte für den 5. Februar eine Pressekonferenz an, bei der er nach zwei Stunden und zwei Minuten ohne konkrete Aussagen nur auf den kreativen Widerstand verwies, private Unternehmen dazu aufforderte, ihre Stadtviertel mit Strom zu versorgen, und erklärte, dass Sonnenkollektoren an Fachleute aus dem Gesundheits- und Bildungswesen verkauft würden. Heute werden diese Solarzellen für mehr als zwei und bis zu fünf Millionen kubanische Pesos (zwischen 4.000 und 10.000 Euro) verkauft. Das durchschnittliche Gehalt eines Arztes beträgt 14 Euro pro Monat.

Ein Monat ist vergangen, und aus den Vereinigten Staaten kommen immer mehr Gerüchte über angebliche Verhandlungen mit dem kubanischen Regime. Zunächst wurde vermutet, dass Alejandro Castro Espín, der Sohn von Raúl Castro, die Gespräche führe. In einem Artikel, der auf der US-amerikanischen Medienplattform Axios veröffentlicht wurde, wird jedoch behauptet, dass eine Quelle aus dem Umfeld des Weißen Hauses erklärt habe, dass die Gespräche über Raúl Rodríguez Castro, den Lieblingsenkel und Leibwächter von Raúl Castro, geführt würden.

Trump erklärt, dass die Amerikaner eine „freundliche Übernahme Kubas“ durchführen könnten. Ein unabhängiges Medium interviewt Menschen in Havanna – echte Menschen, nicht zwangsweise herbeigerufen. Verschwitzte und müde Menschen. Sie werden gefragt, was sie von dieser „freundschaftlichen Übernahme“ halten. Sie sagen, wenn sie freundschaftlich ist, dann soll es so sein – aber es soll bald geschehen.

Und ich frage mich immer wieder, warum wir an diesem Punkt angelangt sind. Der Algorithmus hilft nicht weiter, und auf Facebook folgt ein Beitrag auf den anderen: Kubaner, die einen Weißkopfsseeadler auf unsere Flagge setzen oder sie mit der Flagge der Vereinigten Staaten verschmelzen, andere, die sich eine Annexion wünschen, wieder andere, die sagen, dass Trump uns befreien wird. Der Kubaner weiß nicht, was er mit der Freiheit

anfangen soll, denke ich. Er sieht nicht, dass ein Tyrann nicht besser ist als der andere.

Ein Herrscherwechsel macht dich nicht frei. Ich selbst wüsste nicht, wie der Ausweg aussehen könnte; ich bin weit davon entfernt, das zu wissen. Alles versagt, und jede externe Option scheint die Lösung zu sein – und inmitten dieses Chaos spiegelt sich der Mythos des starken Mannes wider.

Die Idee, dass Gesellschaften im Niedergang einen autoritären und ernst zu nehmenden Mann brauchen, der sie wieder in Ordnung bringt. Für die Kubaner beginnt dieser Mann Donald Trump zu sein.. Aber in den 60er Jahren war dieser Mann Fidel Castro. Fidel hat nicht nur die Gesellschaft nicht in Ordnung gebracht, sondern auch das Land ruiniert.

Denn der „starke Mann“ ist fast immer ein Demagoge, und auch Trump wird unser Land nicht in Ordnung bringen. Wir interessieren ihn nicht, wir sind nicht seine Priorität, und er ist kein barmherziger Samariter, der seine Zeit und sein Geld investieren wird, um uns das Leben zu retten.

Im besten Fall lässt er irgendeinen Castro an der Macht, erhält ein paar Inseln und Strände, wird zum Helden – und unser Leben bleibt praktisch unverändert. Die Faszination der Kubaner für Trump entspringt leider ihrer Unwissenheit und dem Fehlen echter politischer Vorbilder. Wenn einem beigebracht wurde, dass etwas für all deine Probleme verantwortlich sei, ist es logisch, dass man sich radikal dagegen stellt.

In 70 Jahren Diktatur haben wir Kubaner es nicht geschafft, uns als Gesellschaft zu organisieren, um unser Land zu verbessern. Wir haben immer auf Hilfe von außen gewartet, und jetzt taucht dieser Mann auf, der scheinbar alle Probleme der Welt löst – und für viele

ist das die Antwort. Niemand fragt sich, was wirklich passieren würde oder welche Absichten Trump uns gegenüber haben könnte.

„Unser Leben, unsere Gesetze“, sagte José Martí, ein Mann, der weit davon entfernt war, „stark“ zu sein oder Trump oder Fidel zu ähneln. Und genau dieses Prinzip sollten wir Kubaner alle anstreben: ein freies, pluralistisches und demokratisches Kuba, fernab von jeglichem Dogma oder ausländischen Systemen. Leider weiß ich nicht, wie wir das erreichen können. Ich hoffe jedoch, dass wir es eines Tages mit unseren eigenen Händen schaffen werden.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Artikel wurde exklusiv für Manova verfasst, von Elisa Gratias aus dem Spanischen übersetzt und vom ehrenamtlichen Manova-Korrektorateam lektoriert.



Anyi Romera, Jahrgang 2001, ist Kubanerin, Musikliebhaberin und Journalistin. Sie lebt zwischen Holguín und Havanna und schreibt über das, was sie bewegt und umgibt. Sie hat mit Zeitschriften wie **Tablas**, **AM:PM Magazine** und **Tunturuntu** zusammengearbeitet, die sich dem Theater, der Musik und der Kunst in Kuba widmen. Sie schreibt, um an das zu erinnern, was ihr Land manchmal zu vergessen scheint.